

Unabhängiges Wirtschaftsmagazin für Oberösterreich, Niederösterreich, Wien & Burgenland – 10/2019

WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN DONAURAUM

DAS
HEFT IM HEFT:
REPORT
**NACHHALTIG-
KEIT**

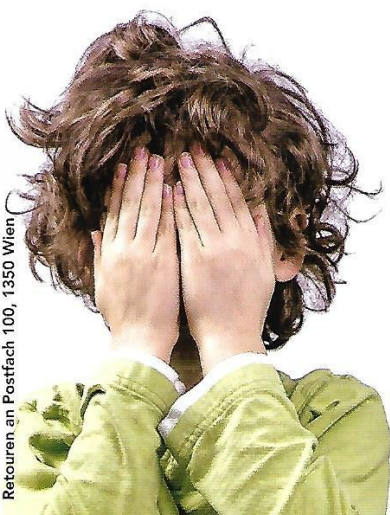
Oberösterreich
Forschung kreativ
in Szene gesetzt

Wien
Joboffensive 50 plus

Niederösterreich
Ausbildungsgarantie für
Jugendliche

Die Pensionen sind sicher ...

Fragt sich nur: Wie lange? Und wie hoch?



WIRTSCHAFTS
NACHRICHTEN
**UND WO
WAREN DIE
INHALTE?**

Der Wahlkampf bestand
aus Anschuldigungen,
Beleidigungen, Diffamierungen,
dem Verschleudern nicht
vorhandener Steuergelder
u.v.m. – DANKE!

Österreichische Post AG | MZ 022033423 M | Wirtschaftsnachrichten Zeitschriftenverlagsges.m.b.H.
Theodor-Körner-Straße 120a, 8010 Graz | Foto: iStock.com/marcduf
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien



Pension

Wie sicher sind unsere Pensionen? Wenn die Einzahlungen für die Auszahlungen trotz Rekordbeschäftigung nicht reichen, dann wird der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Aus dem Budget werden seit Jahren Milliarden zugeschossen, um die Pensionen zu sichern, was das Budget belastet.

Foto: 123rf.com

Die Pensionen sind sicher, wenn's das Budget zahlt

Die Alterssicherung in Österreich steht auf wackeligen Beinen: Jährlich werden rund 20 Milliarden Euro mehr an Pensionisten ausgezahlt, als von Aktiven in das öffentliche System eingezahlt wird.

Von Marie-Theres Ehrendorff

Die Ausgaben für Pensionen werden in den kommenden Jahren weiter ansteigen, weil der demografische Wandel die Lage verschärfen wird. Die Babyboomer kommen ins Pensionsalter, während die Lebenserwartung der Pensionsbezieher kontinuierlich ansteigt. Das Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Pensionisten wird sich somit weiter verschieben. Das wird dazu führen, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Pensionisten finanzieren werden. Bis Ende des Babyboomer-Ruhestands 2034 gibt es ernste Turbulenzen und Krisen. „Bis dahin gehen 1,9 Millionen Menschen in Pension. Daher sind Reformen jetzt nötig“, bekräftigt der renommierte Sozialwissenschaftler und Pensionsfachmann Bernd Marin.

Die budgetären Gesamtaufwendungen für Pensionen – ohne Pensionszahlungen für Beamte – stiegen von 7,6 Milliarden im Jahr 2009 auf 10,7 Milliarden im Jahr 2019 und werden im Jahr 2021 voraussichtlich 12,4 Milliarden Euro betragen. Die Einnahmen, das sind im Wesentlichen die Beiträge der Pensionsversicherungen, werden im gleichen Zeitraum von 23,2 Milliarden über 33,7 Milliarden auf 36,1 Milliarden steigen. Laut Pensionskommission wird der Aufwand für Pensionen bis 2021 jährlich mit 3,91 Prozent stärker ansteigen als das angenommene BIP mit 3,34 Prozent. Auch der Bundesanteil wird parallel um 5,57 Prozent steigen. Der Anteil der Pensionsausgaben am Bundesbudget erhöht sich daher auf etwas über 25 Prozent.



Thinktank Agenda Austria

Handlungsempfehlungen

Das gesetzliche Pensionsantrittsalter anheben: Die zukünftige Regierung sollte der Demografie Rechnung tragen. Das gesetzliche Pensionsantrittsalter sollte ab sofort jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden, bis 67 Jahre erreicht sind. Dies ist notwendig, um die Belastung durch die Babyboomer-Generation abzufangen. Anschließend wäre das gesetzliche Pensionsantrittsalter automatisch an die zunehmende Lebenserwartung anzupassen. Idealerweise sollte dies dynamisch und ohne weiteren Eingriff der Politik erfolgen. Das System wäre so auszugestalten, dass die in der Pension verbrachte Zeit weiter steigt, aber das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Pension gleichbleibt. Was hieße: Länger leben, länger arbeiten und länger in Pension sein.

Mehr Flexibilität zulassen: Wie in Schweden sollten Pensionisten selbst entscheiden, wann sie ihre Pension antreten. Wenn sie früher in Pension gehen, müssen sie allerdings auch mit entsprechenden Abschlägen rechnen, sodass es fair ist und das Pensionssystem dadurch nicht weiter belastet wird. Wird später in Pension gegangen, werden entsprechende Zuschläge erworben.

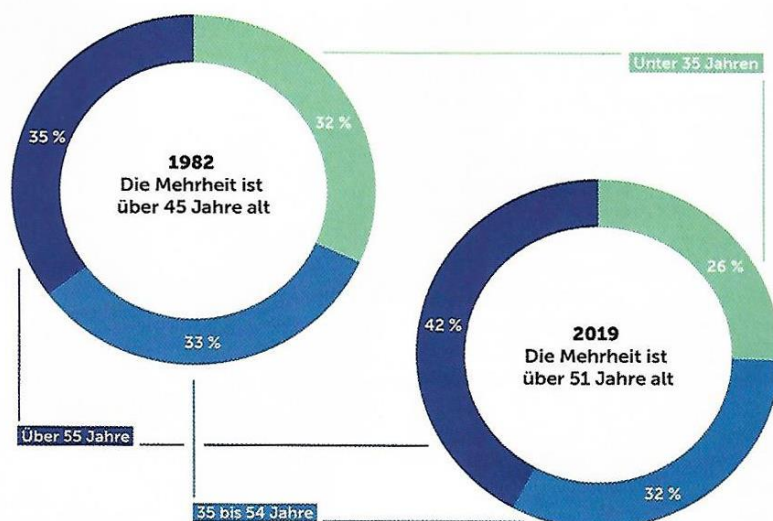
Das System automatisiert stabilisieren: Um die finanzielle Unabhängigkeit des Pensionssystems zu gewährleisten, bedarf es automatischer Regelungen, die alle Generationen an den zusätzlichen Kosten beteiligen. Schweden mit seinem traditionell großzügig ausgebauten Sozialstaat macht dies vor. Tritt eine finanzielle Schieflage ein, reguliert sich das System selbst.

Antrittsalter der Frauen schneller anheben: Das Frauenpensionsalter sollte rascher von derzeit 60 auf 65 Jahre angehoben werden. Momentan geschieht dies nach einem Beschluss im Jahr 1992 erst ab dem Jahr 2024. Auch dann beginnt erst eine sukzessive Erhöhung bis zum Jahr 2033. Das heißt: Österreich ist ab dem Jahr 2020 gemeinsam mit Polen Schlusslicht beim Antrittsalter der Frauen.

Pflege nachhaltig finanzieren: Die Kostenexplosion bei der Pflege ist absehbar, eine Lösung weit und breit nicht in Sicht. Stattdessen wird, etwa über die Abschaffung des Pflegeergregresses, die Finanzierung noch mehr in Schieflage gebracht. Ein Beitrag zu einer Entlastung der öffentlichen Hand könnte ein individuelles Pflegekonto sein, in das die Menschen in ihrer Zeit der Berufstätigkeit und Pension einzahlen müssen, um für den Pflegefall vorzusorgen. Wird dann innerhalb der Familie gepflegt oder tritt kein Pflegefall ein, ist das Konto vererbbare. Werden öffentliche Dienstleistungen in Anspruch genommen, wird das Konto zur Finanzierung herangezogen.

Österreich auf dem Weg in die Altenrepublik?

– Anteile unterschiedlicher Alterskohorten an der wahlberechtigten Bevölkerung



Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung: Bevölkerung mit österreichischer Staatsangehörigkeit zu Jahresbeginn. 1982 ab 19 Jahren, 2019 ab 16 Jahren.

bensstandardsicherung und Beitragsgerechtigkeit zu tun, sondern ist der Weg in Richtung Grundversorgung und Volkspension.“

Erwerbsfähig ist nicht erwerbstätig

Das gesetzliche Pensionsantrittsalter von 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen wurde im Jahr 1955 festgeschrieben und bis heute nicht geändert: Männer dürfen derzeit mit 65 Jahren in Pension gehen, Frauen mit 60.

Viele Österreicher gehen de facto jedoch so früh, wie kaum sonst in der EU in Pension. Das taten Männer im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 61,5 Jahren und Frauen mit 59,4 Jahren. „Das tatsächliche Antrittsalter war bis vor wenigen Jahren noch deutlich niedriger“, erklärt Marin. „Erst mit der Pensionsreform 2014 ist das effektive Antrittsalter spürbar angestiegen.“

Derzeit kommen auf einen Menschen im Alter von über 65 Jahren noch 3,3 Personen im erwerbsfähigen Alter. Das bedeutet statistisch gesehen, dass eine Pension von drei Erwerbstätigen aufgebracht werden muss. In der Praxis ist das anders. Denn: Erwerbsfähig heißt nicht erwerbstätig. In der Realität finanzieren heute 1,7 Erwerbstätige einen Pensionisten. Im Jahr 2050 werden gar nur mehr 1,29 Erwerbstätige einen Pensionisten erhalten müssen. Außerdem ist in Österreich der Pensionsantritt vor dem 65. Lebensjahr die Regel und nicht die Ausnahme.

Laut Statistik Austria gab die Republik im Jahr 2017 mehr als 52 Milliarden Euro für Pensionen aus. „Gemessen an der Wirtschaftskraft entspricht dies einem Anteil von 14,1 Prozent“, so Lukas Sustala, Ökonom der Agenda Austria. „Auch wenn dieser Prozentsatz hierzulande in den letzten Jahren rückläufig war, ist er über die Zeit doch angestiegen. Im europäischen Vergleich gehört Österreich zu den Ländern mit den höchsten Pensionszahlungen im Verhältnis zur Wirt-

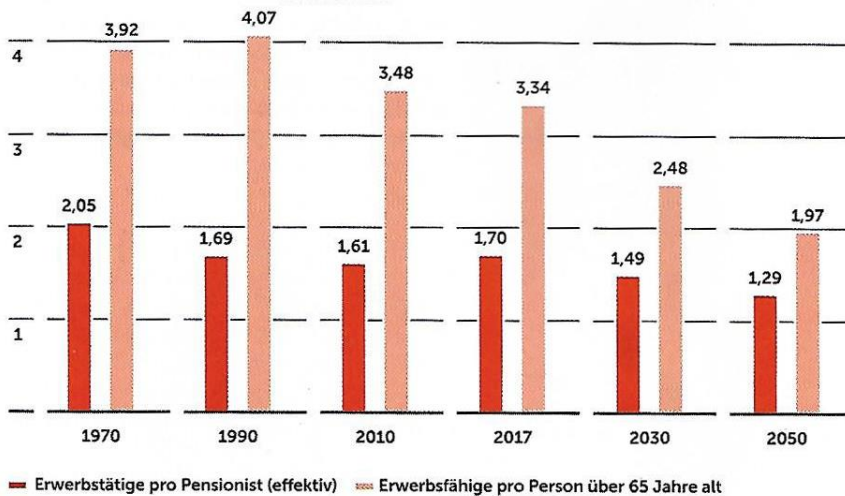
schaftskraft.“ Mehr für ihre Pensionisten geben laut EU-Kommission einzig Griechenland, Frankreich und Italien aus.

Die Alpenrepublik als Pensionistenparadies

Die langfristige Tragfähigkeit der heimischen öffentlichen Finanzen werden aufgrund der Pensionen von der Europäischen Kommission auf „mittel“ eingestuft. Anders als die Bundesregierung sieht der Kommissionsbericht Reformbedarf im österreichischen Pensionssystem. So bezeichnet die Kommission diesen auch als Risiko für die langfristige Tragfähigkeit unserer öffentlichen Finanzen. Dénes Kucsera, Steuerexperte der Agenda Austria, erklärt die Gründe. „2016 beliefen sich die öffentlichen Ausgaben Österreichs für die Pensionen auf 13,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das sind über 50 Milliarden Euro. Bis 2040 werden die Ausgaben für die Renten noch um weitere 1,1 Prozentpunkte steigen. Auf den ersten Blick mag das nicht nach sonderlich viel klingen, es bedeutet aber eine Mehrbelastung von rund vier Milliarden Euro nach heutigem Geldwert. Und das jedes Jahr. Für diese Summe könnte man jährlich eine Steuerreform durchführen oder fast das gesamte Bundesbudget für Wissenschaft und Forschung decken.“

Diese Entwicklung ist aber durchaus kein Österreich-Spezifikum, weiß Kucsera. „Zahlreiche andere europäische Länder stehen vor einem ähnlichen demografischen Wandel. Diese Länder haben sich anders als Österreich allerdings darauf vorbereitet und die zu erwartenden Pensionsbezüge an die steigende Lebenserwartung gekoppelt. Wie das Paradebeispiel Schweden.“ Um „die veritable Schieflage im Pensionssystem in den Griff zu bekommen“, rät der Experte, „sollte die österreichische Regierung Mut beweisen. Als erster Schritt sollte das gesetzliche Pensionsantrittsalter an die er-

Wie viele Erwerbstätige für einen Pensionisten aufkommen



Quelle: Eigene Berechnung, Statistik Austria (2018a), Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2019), EU-Kommission (2018b). Anmerkung: Erwerbsfähig bezeichnet die Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren.

freilicherweise steigende Lebenserwartung angepasst werden. Eine Koppelung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung würde sich positiv auf die Pensionsausgaben auswirken. Die EU-Kommission rechnet vor, dass dadurch die Pensionsausgaben, gemessen am BIP, im Jahr 2070 um 2,4 Prozentpunkte geringer wären.“ Im Vergleich zu ihren deutschen Kollegen erhalten die Österreicher tatsächlich eine höhere Pension, und das auch noch relativ lange. „So gibt Österreich gemessen an Deutschland um 3,7 Prozentpunkte der Wirt-

schaftsleistung mehr für Pensionen aus. Zieht man die aktuelle Wirtschaftsleistung (BIP) zur Berechnung heran, bedeutet dies einen Unterschied von über 14,8 Milliarden Euro.“

Untätigkeit ist keine Option

Die politischen Fraktionen haben noch kurz vor der Nationalratswahl parteipolitisch gefärbte Wahlzuckerln aus dem Parlament verteilt, die der Bevölkerung wieder gehörig ans Geldbörstel gehen. Die Pensionen werden teilweise doppelt so stark angehoben wie

vorgesehen, was die Pensionsausgaben im kommenden Jahr um 1,3 Milliarden Euro in die Höhe schnellen lassen wird. Das sind rund 400 Millionen Euro höher als ursprünglich geplant. Dass diese Mehrkosten langfristig auf Kosten junger Menschen geschultert werden müssen, ist nicht zu leugnen.

Da bereits 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung 55 Jahre oder älter sind, wurde im Wahlkampf um diese Stimmenmehrheit von allen Parteien gerungen. Der Beschluss der außertourlichen Pensionserhöhung für 2020 war vorgesehen, die Entschärfung der einstigen Pensionsreform in der Sondersitzung des Nationalrats kam jedoch überraschend. Mit der Frühpension ab 62 ohne Abschläge nach 45 Arbeitsjahren wurde ein Wahlzuckerl für ältere Wähler durchgeboxt. Da bei der derzeitigen Korridor pension ab dem 62. Lebensjahr Pensionskürzungen bis zu 15,3 Prozent vorgesehen sind, profitieren von der Neuordnung vorerst nur Männer, weil für Frauen aktuell ein gesetzliches Pensionsalter von 60 Jahren gilt.

Die aktuellen Probleme werden sich in der Zukunft noch potenzieren und letztendlich zu einer Bedrohung der Staatsfinanzen werden. Dieses Risiko hat der ehemalige Finanzminister Hannes Androsch lapidar formuliert, indem er in einem Interview sagte: „Bei uns sagt man, die Pensionen sind sicher. Das stimmt schon, wenn's das Budget zahlt. Nur ist dann das Budget nicht mehr sicher.“ ■■